

Antrag 80/II/2023**UBV Dahme-Spree, Jusos****Der/Die Bundestagsfraktion möge beschließen:****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Leben zu retten ist keine Straftat!**

1 Die SPD Brandenburg fordert die Bundestagsfrak-
2 tion auf, sich im Rahmen der Anpassung des § 96
3 des Aufenthaltsgesetzes dafür einzusetzen, dass die
4 Rettung von Menschen aus Seenot nicht zur Straftat
5 wird. Dies entspricht auch den im Koalitionsver-
6 trag der Ampel-Koalition festgehaltenen Grundsät-
7 zen: „Es ist eine zivilisatorische und rechtliche Ver-
8 pflichtung, Menschen nicht ertrinken zu lassen. Die
9 zivile Seenotrettung darf nicht behindert werden.“

10

Begründung

12 Da der Bericht, der diese Debatte auslöste, erst-
13 mals in der Süddeutschen Zeitung am 07. Novem-
14 ber besprochen wurde und die Formulierungshilfe,
15 über die diskutiert wird, erst am 13. November ver-
16 öffentlicht wurde, war es uns nicht möglich, diesen
17 Antrag fristgerecht einzureichen, da die Antrags-
18 frist bereits am 27. Oktober endete. Hinzu kommt
19 die ernsthafte Befürchtung, dass die geplante Än-
20 derung des §96 des Aufenthaltsgesetzes bedenkli-
21 che Auswirkungen haben könnte: Derzeit bestraft
22 das Gesetz Personen, die gegen Geld Menschen in
23 die EU bringen, also einen finanziellen Vorteil er-
24 halten oder sich versprechen lassen. Die bisherige
25 Unterscheidung zwischen finanziellen Beweggrün-
26 den und der uneigennützigem, nach internationa-
27 len Übereinkommen erforderlichen Rettung durch
28 zivile Organisationen könnte jedoch durch den neu-
29 en Gesetzesentwurf aufgehoben werden. Es besteht
30 die Befürchtung, dass künftig kein finanzieller Vor-
31 teil mehr notwendig sein wird, um eine Strafbarkeit
32 zu begründen, und dass eine Ausnahme für humani-
33 täre Arbeit nicht vorgesehen ist. Angesichts der an-
34 haltenden Aktualität und Relevanz des Themas bit-
35 ten wir darum, den Antrag aufgrund seines Initiativ-
36 charakters zu akzeptieren.

37 Als Sozialdemokraten sind wir verpflichtet, Men-
38 schen in Not zu helfen und ihnen Schutz zu ge-
39 wahren. Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen
40 bedrohen nicht nur das Leben der Schutzsuchen-
41 den, sondern unterminieren auch die Werte, die
42 wir als SPD vertreten. Die Seenotrettung im Mit-

43 telmeer muss humanitär und durch internationa-
44 le Kooperation angegangen werden. Die Bestra-
45 fung privater Seenotrettungsorganisationen wider-
46 spricht dem Geist der Solidarität und unserer gesell-
47 schaftlichen Verantwortung.

48 Die Sozialdemokratie hat sich stets für die Einhal-
49 tung der Menschenrechte und Menschenwürde ein-
50 gesetzt. Diese Prinzipien sind jedoch durch den ak-
51 tuellen Gesetzentwurf gefährdet. Als SPD liegt es
52 in unserer Verantwortung, uns deutlich gegen die-
53 se Änderung im Aufenthaltsrecht zu positionieren.
54 Wir appellieren an die Bundestagsfraktion der SPD,
55 sich gegen diese Gesetzesreform zu stellen und sich
56 für eine humane, solidarische und menschenrechts-
57 konforme Flüchtlingspolitik einzusetzen.

58